

## **Offene Fragen der Geschichte Band 8**

### **Chronik von 1952 bis 1986**

Wiedergutmachungsleistungen,  
Volksaufstand im Juni 1953,  
Deutsches Wirtschaftswunder,  
Europäische Wirtschaftsgemeinschaft,  
Bau der Berliner Mauer,  
Internationale Kubakrise,  
Vietnamkrieg 1965-1975,  
68er Bewegung,  
Ratifizierung der Ostverträge,  
Unbewältigte Vergangenheit ...

**Band 8/002**

**Chronik vom 1. Januar 1952 bis zum 8. Mai 1952**

### **Danksagung und Widmung**

<p>Wir gelangen nur selten anders als durch Extreme zur Wahrheit! <i>Friedrich von Schiller (1759-1805, deutscher Dichter)</i></p>
--

Mein Dank gilt allen Historikern, Schriftstellern, Journalisten und Zeitzeugen, die diese Chronik überhaupt erst ermöglichten. Ihre Berichte und wissenschaftlichen Publikationen haben entscheidend dazu beigetragen, daß auch unbequeme historische Tatsachen nicht in Vergessenheit geraten sind.

Besonders danke ich:

Konrad Adenauer, Manfred Adler, Hugo Andreae, James Bacque, Johannes R. Becher, Reinhart Beck, Friedemann Bedürftig, Hans Joachim Berbig, Ludwig Biewer, Wolfgang Birkenfeld, Vladimir Blazek, Heribert Blondiau, Georg Bluhm, Dieter Blumenwitz, Günter Böddeker, Johannes Bökmann, Martin Broszat, Paul Carell, Robert Conquest, Stéphane Courtois, Walter von Cube, Herbert Czaja, Hellmuth Günther Dahms, Alexander Demandt, Karlheinz Deschner, Adolf Diestelkamp, Hans Dollinger, Hans Ebeling, Friedrich Edding, Jürgen Elsässer, Susanne Everett, Frank Fabian, Norman G. Finkelstein, Jan von Flocken, Günter Gaus, Thomas Giefer, Gilbert Gornig, Alfred Grosser, Johannes Groß, Frank Grube, Sebastian Haffner, Hans Heumann, Raul Hilberg, Andreas Hillgruber, Joachim Hoffmann, Milan Hübl, Wolfgang Hug, Georg Huntemann, Herbert Hupka, Peter Hüttenberger, Eberhard Jäckel, Bernhart Jähnig, Wenzel Jaksch, Alwin M. Josephy jr., Wanda Kampmann, Otto Kimminich, Martin Luther King, Stephan Klecha, Kurt E. Koch, Thilo Koch, Bärbel Koppetz, Erich Kosthorst, Ekkehard Kuhn, Rolf Lasius, Rudolf Laun, Eugen Lemberg, Jan Josef Lipski, Jochen Löser, Hubertus Prinz zu Löwenstein, Erich Maschke, Wolfgang W. Mickel, Jan Mlynarik, Benny Morris, Walter Müller-Bringmann, Heinz Nawratil, Ernst Nolte, Manfred Oertel, Edmond Paris, Geoffrey Parker, Hermann Pfister, Jan Procházka, Winfried Ranke, Peter Rasow, Hubert Recker, Gerhard Reichling, Anton Reithinger, Sven Reuth, Gerhard Richter, Al-

berto Rivera, Hans Rothfels, Bertrand Russell, Guntram von Schenck, Theodor Schieder, Wilfried Schlaw, Heinz Dieter Schmid, Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing, Eva Schweitzer, Alexander Solschenizyn, Hans von Spaeth-Meyken, Werner Stein, Diether Stolze, Alfred Streim, Arno Surminski, Yoash Tatari, Robert H. Tenbrock, Karl Teppe, Nikolai Tolstoy, Otto Ulitz, Franz Walter, Woldemar Weber, Hermann Weinkauff, Rudolf Willeke, Gerhard Wisnewski, Malcolm X., Alfred Maurice de Zayas und Christian Zentner.

Diese Chronik ist meiner Frau Angelika gewidmet, die leider viel zu früh von uns gehen mußte.

## Vorbemerkungen

Laßt das Volk die Wahrheit wissen, und das Land ist sicher.

*Abraham Lincoln (1809-1865, nordamerikanischer Politiker)*

Wer unsere gegenwärtige Welt beurteilen und verstehen will, muß zunächst wissen, wie es in früheren Epochen war und wie sich die Menschheitsgeschichte im Laufe der Jahrhunderte entwickelte.

Unsere Eltern, unsere Großeltern und deren Vorfahren starben und auch wir müssen ihnen irgendwann folgen. Was die Zukunft bringt, wissen wir natürlich nicht, aber wir sollten unsere Kinder, Enkel und Urenkel wenigstens über die Vergangenheit informieren und aufklären, damit sie daraus Lehren für die Zukunft ziehen und gefährliche Entwicklungen frühzeitig erkennen und vermeiden können.

Die Geschichte der Menschheit zeichnete sich leider mehrheitlich nicht durch Nächsten- und Friedensliebe aus, sondern sie wurde in erster Linie durch gewalthätige Handlungen (kriegerische Eroberungen und Gewaltherrschaft) bestimmt. Fleiß, Friedfertigkeit, Großzügigkeit, Toleranz und andere positive Charaktereigenschaften wurden seit jeher als Dummheit oder Schwäche ausgelegt und gnadenlos ausgenutzt. Schon in der Urzeit erschlugen sich die Menschen gegenseitig, wenn einheimische Sippen oder Stämme ihre überlebenswichtigen Höhlen und Siedlungsräume gegen fremde Eindringlinge verteidigten.

Jeder kämpfte unentwegt gegen jeden ("Homo homini lupus", der "Mensch ist des Menschen Wolf"), um sich spezielle Dinge und Vorteile vor den Konkurrenten zu sichern. Fast jeder suchte nur seinen eigenen Nutzen, damit er seine persönliche Existenz erhalten und seinen materiellen Besitz möglichst fortwährend vergrößern und schützen konnte. In diesem endlosen Existenzkampf setzten sich vor allem der Aggressionstrieb, Hab- und Machtgier, Neid, Trägheit sowie andere negative Charaktereigenschaften der Menschen durch.

Wie in der Natur bzw. im Tierreich dominierten grundsätzlich die Starken aufgrund ihrer größeren Aggressivität und physischen Überlegenheit ihre schwächeren Konkurrenten (Diktatur von Einzelpersonen, Gruppen oder Völkern bzw. Staaten). Je brutaler und skrupelloser die unterworfenen Gegner ausgemerzt, verklavt oder vertrieben wurden, desto erfolgreicher konnten die expandierenden Eindringlinge ihre Machtpositionen erweitern und festigen.

Die Geschichtsschreibung wurde schon immer von den Siegern bestimmt und geprägt, deshalb wurden viele Ereignisse der Weltgeschichte naturgemäß "sehr einseitig" geschildert und Verbrechen der Gewinner in der Regel ausgeblendet.

Die meisten Historiker, die als Universitätsprofessoren oder Lehrer ihren Lebensunterhalt verdienten, waren verständlicherweise nicht daran interessiert, ihre Existenz zu gefährden und ihre Arbeitgeber (Staatsregierungen) zu verärgern.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb z.B. über die deutsche Geschichtsschreibung des 20. Jahrhunderts (x068/221): >>>Die übergroße Mehrheit ihrer Vertreter schrieb zur Kaiserzeit im Sinn des Kaisers und der Monarchie, im Dritten Reich im Sinn Hitlers und der Nazis, danach im Westen (BRD) im Sinn der westlichen, im Osten (DDR) der östlichen Demagogen. So war, so ist es doch.

Aber diese sich gern so szientifisch (wissenschaftlich) gebende, diese scheinbar so behutsam abwägende, in Wirklichkeit freilich jede entschiedene Stellungnahme entschieden verweigernde Geschichtsschreibung ist meist nichts als die bestenfalls gelehrt am Wesentlichen vorbeiredende, ganze Generationen dreist an der Nase herumführende Wissenschaft eines im Grunde korrumpierten Tendenzkartells, das, wenn schon den Mächtigen nicht nach dem Maul, so doch kaum je scharf zuwiderredet und alles als "unseriös", abtut, was nicht so notorisch-opportunistisch wie es selbst die Geschichte verdreht oder vernebelt, nicht so im Sinne

der und des jeweils Tonangebenden sich geriert (benimmt).

Schließlich werden die Professionellen, Geschichtsschreiber und –lehrer, ja auch vom jeweiligen Staat bezahlt. Und wes Brot ich eß, des Lied ich sing.

Oder wie 1947 ... der britische Militärgouverneur General Robertson einprägsam sagte: "He who pays the piper calls the tune" ("Wer bezahlt, darf auch bestimmen") ...<<

Nach dem Zweiten Weltkrieg übernahmen die deutschen Historiker im Rahmen der sogenannten "Reeducation" ("Umerziehung") zwangsläufig die vorgegebenen subjektiven Aussagen und verzerrten historischen Wertungen der alliierten Siegermächte. Die deutsche Geschichtsschreibung wurde dementsprechend einseitig dargestellt und wichtige historische Fakten blendete man nicht selten kurzerhand aus, um den politischen Vorgaben der Sieger zu entsprechen.

Glücklicherweise gab es zu allen Zeiten mutige, gerechte und wahrheitsliebende Geschichtsschreiber, Historiker, Journalisten, Schriftsteller und andere Zeitzeugen, die sich um eine vollständige, wahrheitsgetreue Geschichtsschreibung bemühten, so daß die "Geschichte der Besiegten" zwar vorübergehend verschwiegen, aber letzten Endes nicht ausgelöscht werden konnte.

Im Gegensatz zu der heute besonders ausgeprägten einseitigen politischen Geschichtsschreibung der Sieger berichtet diese Chronik auch speziell aus der Sichtweise der Verlierer, denn wenn man nicht alle Positionen objektiv und angemessen berücksichtigt, sondern wichtige historische Zusammenhänge und unbequeme Tatsachen bewußt verschweigt oder unterschlägt, werden geschichtliche Ereignisse manipuliert und zwangsläufig unkorrekt dargestellt.

Ich will dir zeigen, was den großen Herrn mangelt und was denen fehlt, die alles besitzen:  
Einer der die Wahrheit spricht.

*Friedrich von Spee (1591-1635, deutscher Prof. der Theologie und Liederdichter)*

Die Jahre 1952 bis 1986 wurden hauptsächlich durch folgende Ereignisse geprägt:

Wiederaufbau, Wiedergutmachungsleistungen, Volksaufstand im Juni 1953, Deutsches Wirtschaftswunder, Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), Bau der Berliner Mauer, Internationale Kubakrise, Vietnamkrieg 1965-1975, 68er Bewegung, Ratifizierung der Ostverträge, Folgen der unbewältigten Vergangenheit.

Diese fortlaufende Aufzeichnung beschränkt sich aufgrund der unzähligen Ereignisse der Weltgeschichte auf die Erläuterung von wesentlichen historischen Fakten und Problemen der jeweiligen Perioden. Die Schwerpunkte dieser Chronik bilden die deutsche und europäische Geschichte.

Die Chronik informiert nicht nur über geschichtliche Ereignisse, sondern sie schildert auch das Leben der Menschen bzw. den täglichen Existenzkampf in den zurückliegenden Jahrhunderten. Um die Lebensverhältnisse der Menschen und den Zeitgeist der jeweiligen Phasen realistisch darzustellen, werden die Ereignisse durch eine Vielzahl von Zeitzeugenberichten, Berichten von Historikern sowie sonstigen Publikationen erläutert.

Die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Daten, Publikationen und Zeitzeugenberichte sind systematisch nach Regionen bzw. Ländern und gegebenenfalls nach historischen Ereignissen unterteilt.

### Gliederung (im Überblick):

01.	<b>Deutsches Reich</b> <ul style="list-style-type: none"><li>- SBZ/Ostpreußen (sowjetisch verwaltete Gebiete im Nordteil Ostpreußens gemäß Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945)</li><li>- Ostdeutschland (polnisch verwaltete Gebiete in Ostpreußen, Ostbrandenburg, Schlesien, Danzig und Ostpommern gemäß Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945)</li><li>- DDR (Deutsche Demokratische Republik, seit dem 7. Oktober 1949).</li><li>- Berlin (Sitz der Viermächteverwaltung bzw. des Alliierten Kontrollrats gemäß "Berliner Deklaration" vom 5. Juni 1945)</li><li>- BRD (Bundesrepublik Deutschland, seit dem 23. Mai 1949)</li></ul>
02.	<b>Nordeuropa</b> <ul style="list-style-type: none"><li>- Dänemark</li><li>- Norwegen</li><li>- Schweden</li><li>- Finnland</li></ul>
03.	<b>Ostmitteleuropa</b> <ul style="list-style-type: none"><li>- Estland</li><li>- Lettland</li><li>- Litauen</li><li>- Polen</li><li>- CSR</li><li>- Österreich</li></ul>
04.	<b>Osteuropa</b> <ul style="list-style-type: none"><li>- UdSSR</li></ul>
05.	<b>Südosteuropa</b> <ul style="list-style-type: none"><li>- Ungarn</li><li>- Jugoslawien</li><li>- Rumänien</li><li>- Bulgarien</li><li>- Albanien</li><li>- Griechenland</li><li>- Türkei</li></ul>
06.	<b>Südeuropa</b> <ul style="list-style-type: none"><li>- Italien</li><li>- Spanien</li><li>- Portugal</li></ul>
07.	<b>Westeuropa</b> <ul style="list-style-type: none"><li>- Schweiz</li><li>- Liechtenstein</li><li>- Frankreich</li><li>- Luxemburg</li><li>- Belgien</li><li>- Niederlande</li><li>- Großbritannien</li><li>- Irland</li></ul>

08.	<b>Amerika</b> - Kanada - USA - Mittelamerika - Südamerika
09.	<b>Asien</b>
10.	<b>Afrika</b>
11.	<b>Australien</b>

## 1952

Aus den Trümmern unserer Verzweiflung bauen wir unseren Charakter.

*Ralph Waldo Emerson (1803-1882, nordamerikanischer Philosoph)*

### 01.01.1952

**DDR:** Die SED führt ab 1. Januar 1952 die wirtschaftliche Rechnungsführung ein.

Die bisher unselbständigen Volkseigenen Betriebe (VEB) werden ab 1. Januar 1952 in selbständig wirtschaftende Einheiten umgewandelt. Sie erhalten eine eigene finanzielle Grundausstattung sowie einen eigenen Umlaufmittelfonds und müssen auch selbständig die Abgaben an den Staatshaushalt entrichten.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Wirtschaftliche Rechnungsführung" in der SBZ (x009/486): >>... Die wirtschaftliche Rechnungsführung ist nicht nur Aufgabe des Rechnungswesens, sondern erstreckt sich auf alle Betriebsabteilungen. Sie soll rationellen Einsatz und Kontrolle der wirtschaftlichen Mittel ermöglichen, die den Betrieben als Eigenmittelausstattung vom Regime übergeben werden, jedoch im Volkseigentum verbleiben.

In der Verordnung über die Reorganisation der Volkseigenen Industrie ist das Prinzip der individuellen Leistung der Betriebe und der persönlichen Verantwortung jedes leitenden Mitarbeiters der VEB verpflichtend festgestellt worden. Jeder Betriebsleiter ist für die Rentabilität des von ihm geleiteten Betriebes voll verantwortlich.

Die Neuregelung führt zu einer gewissen Selbständigkeit der Betriebe bei der Verwendung der ihnen zugeteilten Mittel. Das soll zu einer Stärkung der Initiative und der Eigenverantwortlichkeit der Betriebsleitung beitragen. Gewinn und Amortisationen verbleiben z.T. im Betrieb und sollen im Rahmen des Betriebsplanes zur Auffüllung der Umlaufmittel und Investitionen verwendet werden.<<

### 02.01.1952

**DDR:** Die Kasernierte Volkspolizei (KVP) wird ab 2. Januar 1952 auf sowjetische Waffen umgerüstet.

Am 2. Januar 1952 beginnt das Nationale Aufbauprogramm.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das "Nationale Aufbauwerk" (x009/304): >>1952 gegründet, durch die Nationale Front gelenkte "Bewegung für den Aufbau der Hauptstadt Berlin", die 1953 auf das ganze Zonengebiet ausgedehnt wurde.

Ziel ist die "Förderung der Initiative aller Werktätigen Berlins und der DDR für die finanzielle und praktische Unterstützung des Aufbaues".

Die Bevölkerung wird unablässig aufgerufen, sich an Bauarbeiten und bei der Entrümmungsaktion "freiwillig" und ohne Entgelt zu beteiligen. Durch das Nationale Aufbauwerk sollen öffentliche Einrichtungen wie Schulen, Kinderheime, Sportstätten, Neubauernhäuser und Wohnungen wiederhergestellt oder neu gebaut werden. Aber auch beim Bau neuer Betriebe werden die "Aufbauhelfer" herangezogen.

Arbeiter in Industriebetrieben werden unter politischem Druck veranlaßt, sich zu verpflichten,

z.B. im Jahr 20 oder 30 "Aufbaustunden" zu leisten. ...

Seit 1960 sind die dem Nationalen Aufbauwerk zugewiesenen Auflagen zum Teil in die Volkswirtschaftspläne mit aufgenommen, d.h. die "freiwillige" Leistung nach Feierabend wird zum Planbestandteil. ...<<

### **26.01.1952**

**DDR:** Verschleppte mitteldeutsche "Zeiss-Spezialisten" (Optiker) kehren am 26. Januar 1952 aus der Sowjetunion zurück.

### **11.02.1952**

**DDR:** Die Hochschulen werden am 11. Februar 1952 angewiesen, "politisch geeignete Studienbewerber" bevorzugt zu behandeln.

### **13.02.1952**

**BRD:** Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (7/1952) berichtet am 13. Februar 1952:

#### **>>Wie die Hühnerhunde**

In Eisenhowers SHAPE-Hauptquartier wurde jetzt eine besondere Kommission zur Abwehr der "wahrscheinlichen ersten Angriffsphase" der Ostblock-Armeen gegen Westeuropa gebildet. Chef dieses Gremiums ist der US-Colonel F. Kindley. Der ist merkwürdigerweise nicht Offizier, sondern Spezialist für psychologische Kriegsführung.

(Die) SHAPE-Abwehr hat nämlich festgestellt, daß - sollte der dritte Weltkrieg stattfinden - dem Schießkrieg ein Nervenkrieg vorangehen wird. Die Generalstäbler ... sehen die Lage, wie sie 5 Minuten vor X-Zeit sein wird so:

Der Aufmarsch auf dem rechten sowjetischen Angriffsflügel wird sich mit gemischten russisch-polnischen Verbänden in der Ostzone Deutschlands vollziehen. Aber nicht verschleiert, wie bisher solche Bereitstellungen erfolgten, sondern in demonstrativ offener und breiter Drohbewegung.

Die Begleitfanfaren zu diesen Truppenbewegungen schmettern die Rundfunksender der Sowjetunion, Polens und der Ostzone in allen westeuropäischen Sprachen. Kommunistische Agenten werden Flüsterparolen über angebliche Greuelthaten und Vergewaltigungen durch Ostblocksoldaten in Umlauf setzen und Störmeldungen über den Einsatz mongolischer Verbände austreuen.

Zweck dieser den eigentlichen Schießkrieg vorbereitenden psychologischen Offensive: Auslösung eines Massenschrecks. Die Sowjets rechnen damit, daß sich sofort ein europäischer Flüchtlingsstrom über die Straßen und Eisenbahnen ergießen wird, der Verkehrsverstopfungen und Produktionshemmungen verursacht und deutsche Hilfsverbände der westlichen Alliierten zu Massendemonstrationen veranlaßt. Sabotageaktionen werden die Verwirrung steigern. Das dann hereinbrechende westeuropäische Chaos wird alle Abwehrmaßnahmen der NATO unmöglich machen oder zumindest auf das Äußerste erschweren.

Die SHAPE-Offiziere unterstreichen ihre Hypothese, indem sie auf die Persönlichkeit des Oberbefehlshabers der polnischen Armee, den Sowjetmarschall Rokossowski, hinweisen. Der hat ... Erfahrungen auf dem Gebiete des Nervenkrieges. Als er im Weltkrieg II - schon damals als Befehlshaber des rechten sowjetischen Flügels - in Ostpreußen einbrach und durch Westpreußen und Pommern hindurch bis nach Swinemünde stieß, überstürzte sich die ostdeutsche Bevölkerung in chaotischer Angst vor seinen Panzern.

Die propagandistische Peitsche Ilja Ehrenburgs holte damals aus den Flüchtlingen die letzte Kraft der Verzweiflung und aus den kriegsmüden Iwans den letzten Angriffspfeffer heraus. Die zwischen dem Flüchtlingsstrom und der roten Panzerflut eingekeilten deutschen Heeresverbände waren nicht mehr operationsfähig. So soll es auch jetzt werden.

Oberst Kindley meint, daß die wirkungsvollste Abwehr gegen solchen Nervenkrieg ein kraftvoller NATO-Aufmarsch an der Elbe wäre. Doch er befürchtet: In das Durcheinander werden beim eigentlichen Kriegsausbruch die polnisch-sowjetischen Verbände "wie die Hühnerhun-

de" hineinstoßen, um das gehandikapte westalliierte Wild aufzuscheuchen.

Die Panzerarmee der sowjetischen Heeresgruppe West unter Timoschenko aber werden solange zurückgehalten, bis sich an den Rheinübergängen zeigt, ob ein starker Offensivstoß die Chance verspricht, das Gros der Atlantik-Truppen in Belgien und Ostfrankreich zu kesseln. Polens Soldaten sichern dann Nord- und Nordwestdeutschland sowie Dänemark als rückwärtige Heeresgebiete.

Auf solchen Krieg hat sich auch die polnische Rüstungsindustrie eingestellt. Ihr Schlager ist heute ein 5-cm-Minenwerfer aus Leichtmetall, der von den staatlichen Rüstungswerken PZON 4 und 7 in Rzeszow und Lublin hergestellt wird. Der Werfer ist die leichteste Type dieser Waffe überhaupt. Er kann bequem von einem Mann getragen werden. Ein zweiter trägt die Munition, Minen aus Leichtmetallhülsen mit 2,5 kg Hexal-Sprengstoff. Bei einfacher Handhabung der Waffe, einwandfreier Zielsicherheit und einer Reichweite von 9.000 m ist der Werfer eine Idealwaffe für den Guerilla- und Partisanenkrieg und für Kommandounternehmen.<<

**20.02.1952**

**BRD:** Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (8/1952) berichtet am 20. Februar 1952:

>>**Ich bete zum Satan**

Auf dem Flugplatz von Luqa auf Malta heulten die ganze Nacht über die Motoren startender Flugzeuge. Von 23.30 Uhr bis zum Morgengrauen donnerte alle zehn Minuten eine Transportmaschine gen Osten. 700 Menschen mußten 2.240 Kilometer weit, über die Ägäis und das Schwarze Meer, nach Saki auf der Krim geflogen werden.

Die prominentesten Fluggäste waren ein 63jähriger gelähmter ehemaliger Rechtsanwalt und ein 71jähriger Sproß aus dem Haus der britischen Herzöge von Marlborough. Die beiden wollten sich auf der Krim mit dem 66jährigen Sohn des russischen Schuhmachers Wissarion Dschugaschwili, dem ehemaligen Priesterschüler Josef Wissarionowitsch, der sich "Stalin" nennt, treffen.

Es waren der ehemalige Rechtsanwalt und Präsident der USA, Franklin Delano Roosevelt, und der Marlborough - Sproß Winston Spencer Churchill. Sie flogen in der Nacht zum 3. Februar 1945 zu dem Treffen, das später den amtlichen Namen "Krim-Konferenz" bekam.

Dieser Nachtflug war der Anfang vom Ende der drei Millionen Deutschen\*, die bis heute im Osten verschollen, gestorben oder verdorben sind.

\*Nach Untersuchungen des DRK-Suchdienstes in Hamburg werden - außer 1,4 Millionen Soldaten - noch 1,5 Millionen Volksdeutsche und 1,6 Millionen Reichsdeutsche im Osten vermißt.

In Jalta drang Stalin mit seiner Forderung durch, das Land jenseits der Oder und Neiße abzutrennen. Drei Wochen später rechtfertigte sich Churchill vor dem Unterhaus:

"Ich fühle mich nicht alarmiert durch die Aussicht auf eine Loslösung der (ostdeutschen) Bevölkerung, auch nicht einmal durch die großen Menschen-Transferierungen, die unter modernen Verhältnissen eher möglich sind, als es jemals der Fall war."

Damit war das Schicksal der Ostdeutschen besiegelt, und dann begann die große Völkerwanderung (mit "modernen Mitteln"), die nicht zur Ruhe kommen kann und die jetzt die westdeutsche Bundesregierung erneut vor Kabinettsfragen stellt.

Seit 1945 sind 12,5 Millionen Menschen - so viel wie ganz Australien Einwohner hat - aus dem Osten und Südosten in den verkleinerten Raum Restdeutschlands eingeströmt.

4,5 Millionen blieben ostwärts der Elbe in der Sowjetzone hängen und vermehrten dort die Bevölkerung um ein Viertel; acht Millionen Heimatvertriebene wurden inzwischen nach Westdeutschland geschleust (Bevölkerungszuwachs um 16,7 Prozent). Nach folgten 1,5 Millionen Flüchtlinge aus der Sowjetzone.

Unter denen, die zweimal flüchten mußten, war auch der Mann, der meistens den letzten Stuhl

bekommt, wenn in Bonn Kabinettsitzung ist: Dr. Hans Lukaschek, 66, bis 1933 Oberpräsident in Oppeln\*\*, dann Rechtsanwalt in Breslau, heute noch Bundes-Vertriebenenminister.

\*\*Dr. Lukaschek war als Oberpräsident in Oberschlesien so aktiv in der Abwehr des Kommunismus, daß der Journalist Walther Karsch in der linksgerichteten "Weltbühne" Nr. 42 vom 20. 10. 1931 einen flammenden Protest gegen ihn richtete.

Karsch griff Lukaschek an, weil er den KP-Dichterling Erich Weinert, späteren Vorsitzenden des Kommunistischen Nationalkomitees "Freies Deutschland" in Moskau, der damals in Preußen Redeverbot hatte, nicht zu Worte kommen ließ. Heute ist Walther Karsch Herausgeber des Blattes, das den Kampf gegen den Kommunismus erfunden zu haben glaubt, des Westberliner "Tagesspiegel".

Lukaschek hatte 1945 - nach der Flucht aus Breslau - seine Koffer zunächst in Berlin abgestellt. Dann lotste ihn Jakob Kaiser, damals noch Vorsitzender der Ost-CDU, nach Thüringen. Dort war gerade der CDU-Landesvorsitzende Dr. Franz Kolter unter geheimnisvollen Umständen erkrankt. Es dauerte nur wenige Tage, dann starb er in der Universitätsklinik in Jena. NKWD-Posten, die jeden Krankenbesucher abwiesen, drückten ihm die Augen zu.

Sein Amt als CDU-Vizepräsident des Landes Thüringen und Leiter des thüringischen Landesamtes für Land- und Forstwirtschaft mußte nun Lukaschek übernehmen. Eine Woche vor der Landtagswahl 1946 kam er auf die Abschußliste.

In einer Bauernversammlung in der Weimarahalle zu Weimar putzten ihn bestellte SED-Bauern herunter. Dann keilte ihn Landes-SMA-Chef Gardegeneralmajor Kolesnitschenko ironisch: "**Nu, Gospodin Lukaschek**, warum Leute sprechen so schlächt?"

Er sei nur mit Worten für die Umsiedler und Neubauern eingetreten und habe alle praktischen Möglichkeiten, sie zu fördern, außer acht gelassen. Darauf fuhr Lukaschek bei Nacht und Nebel wieder nach Berlin. Die Koffer wurden ihm einzeln nachgebracht.

Als Konrad Adenauer 1949 bei der Kabinettsbildung um einen Flüchtlingsminister verlegen war, bat er den konzilianteren Doppelflüchtling, dieses Ressort zu übernehmen. Lukaschek schützte sein Alter vor. Ob Adenauer nicht höre, wie draußen an der Tür ein Kater kratze und laut miaue. Adenauer verstand sofort und lachte: "Dieser Kater wird bei mir nie Minister."

Gemeint war Dr. Linus Kather, 58jähriger Rechtsanwalt aus Königsberg, über die Schleswig-Holsteinische Ergänzungsliste der CDU in den Bundestag gekommen. Er hat inzwischen zwei Millionen Heimatvertriebene wie in einer Gewerkschaft - überparteilich, aber dennoch aggressiv - im "Bund vertriebener Deutscher" (BvD) zusammengefaßt und ist bereit, den "heiligen Sebastian" - so nannte CSU-Bundestagsabgeordneter Hans Schütz den würdigen knebelbärtigen Flüchtlingsminister in einer Haushaltsdebatte - zu stürzen.

Nervös wuchtet der "heilige Sebastian" wie ein Schleusenwärter, dessen Kraft nicht ausreicht, um das klemmende Schütt aufzustoßen, an dem Kernproblem der Flüchtlingsmisere: der Umsiedlung.

**Hoch oben im Norden** und in Bayern hat sich das Gros der Flüchtlinge gestaut. Da die Franzosen 1945 zur Jalta-Konferenz nicht eingeladen worden waren, lehnten sie zunächst für ihre Besatzungszone die Aufnahme der Ost-Vertriebenen ab. Also konzentrierte sich der Menschenstrom vorwiegend auf

- Schleswig-Holstein: heute noch 854.800 Heimatvertriebene = 33,6 Prozent Bevölkerungszuwachs;

- Niedersachsen: 1.810 000 Vertriebene = 26 Prozent Zuwachs;

- Bayern: 1.917 000 Vertriebene = 21 Prozent Zuwachs.

Die Folge dieser Zusammenballung waren Barackenelend (350.000 leben im Bundesgebiet heute noch in Baracken), Dauerarbeitslosigkeit und sozialer Abstieg.

Im ersten Nachkriegsjahr fanden sich im übervölkerten Schleswig-Holstein die nach hier verdrängten Ostpreußen und Pommern mit dem Massenquartier in leerstehenden Militärbaracken

ab. Sie glaubten, das sei nur ein Übergang und waren in Gedanken und Träumen immer noch am Haff, auf der Nehrung oder im Pyritzer Weizacker.

Inzwischen sind sie aufgewacht und sehen die rauhe Wirklichkeit. Sie glauben ihrem Landsmannschaftspräsidenten, Staatssekretär a.D. Herbert von Bismarck, Großneffen des Eisernen Kanzlers, nicht mehr, wenn er noch von Rückkehr spricht, und sind störrisch geworden wie Trakehner Hengste, die von der mageren Weide auch mal in die fette Stutenkoppel wollen.

Das merkt der Bundes-Vertriebenenminister jeden Morgen, wenn er seine Post durchsieht. Auf seinem Arbeitstisch steht ein kleines eisernes Kruzifix, ein altes Familienerbstück aus der Zeit der Befreiungskriege, als die Schlesier Mord und Brand schimpften, weil sie nur Grünkohl in ihre hungrigen Magen stopfen konnten. Heute rufen viele den Beelzebub gegen Lukaschek an.

Minister Lukaschek voll Selbstironie: "Neulich schrieb mir sogar einer: "Ich bete jeden Abend zum Satan, daß er dich Luder endlich wegnimmt." Ein ehemaliger schlesischer Großgrundbesitzer, der heute in einem bayrischen Dachstübchen haust, ranzte mich an: "Sehen Sie denn nicht die Revolution!" Als wenn ich nicht wüßte, welchen sozialen Umbruch Jalta heraufbeschworen hat."

Wer abseits der Bauern- oder Fischerdörfer und meilenfern von den wenigen industriellen Inseln in Lagern lebt - es gibt noch 700 im nördlichen Bundesland -, bleibt ewig ein Opfer der strukturellen Arbeitslosigkeit. Den schulentlassenen Burschen werden nicht einmal Lehrstellen geboten. 53 Prozent der Flüchtlinge in Schleswig-Holstein und 42 Prozent in Niedersachsen sind Dauerstempler.

Das Bundes-Umsiedlungsgesetz sollte Abhilfe schaffen und den Flüchtlingsüberhang in zwei großen Raten von je 300.000 zur wirtschaftlichen Eingliederung nach Südwest- und Westdeutschland abschieben. Weitere Raten sollten folgen.

Die erste Rate 1949/50 wurde mit der Abgabe von 289.000 nahezu erfüllt, die 2. Rate 1950/51 stagnierte, nach Aufholung des Vorjahrsmankos, schon bei 26.000.

Nordrhein-Westfalen holte sich Facharbeiter aus Schleswig-Holstein und Niedersachsen. Das "Sozialgepäck" der Alten und der beschäftigungslose Frauenüberschuß blieben aber dem Armenhaus Schleswig-Holstein erhalten.

Tausende von Männern siedelten in die Arbeitsbaracken zum Ruhrpütt über und glaubten, in einem halben Jahr ihre Familien nachholen zu können. Sie warteten zwei Jahre. Dann schmissen nach und nach 53.000 Flüchtlings-Bergarbeiter ihre Schrämhämmer hin, fuhren nach Schleswig-Holstein und Niedersachsen zurück und legten sich lieber zu ihren Frauen auf den Strohsack, als dauernd zu schufteln.

15.000 Bergleute aus Oberschlesien gehen auch noch in Bayern stempeln, weil das reiche Nordrhein-Westfalen ihnen keine Wohnungen in Grubennähe schaffen kann.

Vergeblich mahnte der Bundes-Vertriebenenminister die Länderregierungen, doch endlich ihren Länderegoismus aufzustecken: "Die Frage der Umsiedlung ist das nationale Bewährungsproblem. Wenn wir da versagen, versagen wir als Volk."

Kurz vorher hatte Lukaschek den Flüchtlingen in großen Landsmannschaftsversammlungen Mut zugesprochen: "Und wenn ich mit erhobenen Händen von Tür zu Tür gehen soll, um für euch zu betteln ..."

Er erntete mit diesem Pathos nur einen weiteren Spitznamen: "Der Bettelstudent".

Die Umsiedlungsaktion aber landete rettungslos in der Sackgasse.

Die Kommissionen der Aufnahmeländer aalten sich zwar im Sommer 1951 während der Saison am Nord- und Ostseestrand, brachten gleich Ehefrauen und Bräute mit, rümpften die Nase während der gelegentlichen Flüchtlingsmusterungen und ließen gnädig einige tausend gesunde Arbeitskräfte aus dem Armenhaus entweichen.

Treffend nennt Schleswig-Holsteins Flüchtlingsminister Hans Adolf Asbach den verkorksten

Bevölkerungsausgleich "System Schnecke" - "nicht nur wegen des Tempos, sondern auch weil die Umsiedler möglichst noch ihren Wohnraum mitbringen sollten", denn in den Aufnahme-ländern lag das Flüchtlings-Wohnbauprogramm sehr im argen.

Minister Lukaschek: "Wir haben aus allen Ecken nur 225 Millionen DM zusammenkratzen können. Damit wäre es, wenn man daraus den sogenannten Förderungsbetrag von 5.500 DM pro Wohnung aus Bundesmitteln zugrunde legt, möglich gewesen, für 200.000 Umsiedler Wohnungen zu schaffen.

**Vorausgesetzt, daß** die Länder die ersten und die letzten Hypotheken besorgten. Für die ersten Hypotheken wären 400 Millionen DM notwendig gewesen. Diese Summe konnte der Kapitalmarkt, wie die Dinge heute liegen, nicht in voller Höhe aufbringen."

Am schleppenden Wohnungsbau, der laschen Erfassung des Wohnraums in den Aufnahme-ländern und der strukturellen Arbeitslosigkeit hat sich die Umsiedlung festgelaufen.

Die zusammengepferchten Flüchtlinge hörten diese Bilanz nur mit halbem Ohr und meutern jetzt schon aus Prinzip. Am aktivsten wird im Flüchtlingszentrum Süderbrarup, an der dänischen Grenze, rebelliert. Zwar sang man noch nicht die Internationale, aber aus den Baracken summt es schon ähnlich wie.

"... uns aus dem Elend zu erlösen, können wir nur selber tun ..."

Im Dezember schickte das Verfassungsschutzamt Kiel gleich mehrere Vernehmungsbeamten nach Süderbrarup, um den Selbsthilfe-Organisator und Vorsitzenden der inzwischen gegründeten "Treckvereinigung Schleswig-Holstein e.V.", Reinhard Noback, 54, ehemaligen Personalchef der Panzerwerke in Spandau, politisch zu durchleuchten.

Noback, der sich beim Russensturm im April 1945 aus Berlin abgesetzt und mit dem Fahrrad zu seiner evakuierten Familie nach Süderbrarup durchgeschlagen hat, macht kein Geheimnis daraus, daß er die umsiedlungswilligen Flüchtlinge in Schleswig-Holstein registriert und für eine Aktion auf eigene Faust, die spätestens im Mai steigen soll, "technisch vorbereitet".

Noback: "Wenn wir bis dahin keine greifbaren Umsiedlungserfolge seitens der Bundesregierung sehen, trecken wir selbständig los, so wahr ich Noback heiße."

Die dänischen Nachbarn verfolgen diese Vorbereitungen mit Spannung. Wenn die Pommern und Ostpreußen erst abgezogen und die Schleswiger mehr unter sich sind, schlägt die dänische Kulturpropaganda besser ein, spekuliert man in Kopenhagen.

Auch die in der "Schleswig-Holsteinischen Gemeinschaft" zusammengeschlossenen stammes-treuen Ureinwohner unterstützen diese "Selbsthilfe" moralisch und finanziell. Der Landge-meindetag ermächtigte die Dorfbürgermeister, Mittel für den Treck zur Verfügung zu stellen. Die Bauern sollen mit Pferden und Wagen nicht kleinlich sein, wenn Noback die "Landplage" endlich hinausmanövriert und seine Privat-Völkerwanderung startet.

**Nur die Kaufleute** in Süderbrarup sind entschieden gegen den Treck. Sie haben jährlich 1,5 Millionen DM Mehreinnahmen - die Summe der Alu- und Fürsorge-Groschen - in ihre Ladenkassen geschart.

Als Noback seine ersten zehntausend Treckwilligen listenmäßig erfaßt hatte, klopfte abends eine infiltrierte SED-Funktionärsgruppe an seine Stubentür. Die Genossen waren nach sechs-wöchiger Spezialschulung eigens aus der Sowjetzone nach Süderbrarup in Marsch gesetzt worden, "um den Treck auch politisch richtig organisieren zu helfen".

Noback wies ihnen die Tür.

Der treckfeste Berliner Noback hat sein Invasionsgebiet - die Länder des kommenden Süd-weststaates und Rheinland-Pfalz - rekognosziert. "Am Bodensee sind noch viele Villen unter-belegt. Ich habe überall Stichproben gemacht und mit den Bürgermeistern verhandelt. In Wiel-len, Kreis Lörrach, konnte ich gleich für tausend Flüchtlinge Quartier reservieren. Über 700 Betriebe haben mir Offerten geschickt. Damit sind Arbeitsplätze für einige Tausend gesi-chert."

Der Treck-Condottiere weiß, daß er mit diesen Anfängen das ganze Problem nicht meistern kann, aber: "Ich kann heute nicht mehr zurück."

Inzwischen haben sich auch in Bayern und Niedersachsen Treckvereinigungen gebildet. In Bayern liegt die Initiative bei dem gelernten Kaufmann Rudolf Brenske aus Danzig, heute Stadtrat in Kulmbach, und seinem sudetendeutschen Kumpel Heinz Hanner, studiertem Volkswirt in Hof.

Verzieht Bayern-Treckführer Brenske sein faltiges Gesicht zur Grimasse: "Wir werden keinen Fuß in eine Baracke setzen, und wenn wir auf den Marktplätzen der Städte nächtigen müssen. "Ziel jeder Treckgruppe ist der Markt. Dort verharren wir so lange im passiven Widerstand, bis man uns anständige Quartiere nachweist. Die Masse will wieder in den Kulturbereich einer Stadt und nicht im Bayrischen Wald zum Dorfdepp werden.

"Wenn man uns an den Stadtgrenzen abweist, werden wir wie ein Infanteriebataillon aus-schwärmen, jeder mit seinem Bündel, und langsam einsickern."

Brenske glaubt, daß der Krawall, verstärkt durch Begleitfanfaren mittreckender Lautsprecherwagen, so laut wird, daß die schwäbischen und badischen "Sozialbürokraten" vor dem "Furor Flüchticus" dahinschmelzen und freiwillig 100.000 Stühle freimachen.

"Da soll sich die Bundesregierung doch freuen. Wir machen sie endlich stark gegen den Länderegoismus."

Aber die Bundesregierung freute sich keineswegs. Unruhig zupfte Minister Lukaschek das aus der Brusttasche hervorquellende weiße Spitzentuch zurecht und reichte seine traditionelle Kiste mit schwarzen Brasilzigarren herum, als sich die Treckführer bei ihm zum Rapport meldeten. Er hatte sie wegen des zu erwartenden Krawalls nach Bonn eingeladen.

Der Minister widmete sich während dreier Tage stundenlang der Treckabordnung, hörte sich die Vorschläge der Selbsthilfeorganisatoren an und versprach, sein Bestes zu tun, um das zu verhindern, was die Treckführer als Beschleunigungsmittel vorschlugen: die Anwendung des Bundeszwanges nach Grundgesetzartikel 37:

- "Wenn ein Land die ihm nach dem Grundgesetz oder einem anderen Bundesgesetz obliegenden Bundespflichten nicht erfüllt, kann die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates die notwendigen Maßnahmen treffen, um das Land im Wege des Bundeszwanges zur Erfüllung seiner Pflichten anzuhalten."

Um das Treckgespenst zu beschwichtigen, hat die Bundesregierung rasch zwei "Bundesbevollmächtigte" ernannt. "Man müßte sie eigentlich "Bundesbeobachter" nennen, denn sie haben weder Vollmacht noch Weisungsbefugnis gegenüber den Aufnahmeländern", schimpft die SPD-Opposition.

**Lukascheks Kommissare** sollen nun die Sünden der vergangenen Jahre feststellen und endlich prüfen, ob der Verdacht zu Recht besteht, daß mit einem Teil der zweckgebundenen Bundesmittel in einzelnen Ländern alles mögliche gebaut worden ist, nur keine Flüchtlings-Wohnungen.

"Bundesbevollmächtigter" Dr. Peter Paul Nahm, 50, lehnte die Forderung der Treckführer ab, Umsiedler in Südwestdeutschland zwangsweise einzuweisen: "Wir leben heute in einem Rechtsstaat. Die Wohnung ist nach dem Grundgesetz unverletzlich. Wenn 1946/47 in Norddeutschland rigoros Wohnraum beschlagnahmt worden ist, kann das heute kein Maßstab mehr für uns sein. Damals liefen noch die Spruchkammerverfahren, und jeder Pg. tat sich etwas darauf zugute, rasch eine Rumpelkammer für Flüchtlinge abzugeben, um bußfertiger zu erscheinen."

Der Bundes-Vertriebenenminister rechnete den Treckführern vor, daß es bis August möglich sein werde, etwa 200.000 Umsiedler in die bis dahin fertig zu stellenden Neubauwohnungen unterzubringen. Sie hörten die Botschaft, versprachen, das Gepäck noch nicht zu verladen und "die Erfolge abzuwarten", aber es fehlt ihnen bis jetzt der Glaube, zumal der Minister, durch

tagelange Attacken verwirrt, nebenher eingestand: "Offen gesagt, ich weiß auch nicht, wie es werden soll ..."

Dabei war von der Beschaffung von Arbeitsplätzen noch gar nicht gesprochen worden. Flüchtlingskommissar Dr. Nahm: "Das ist ein Problem für sich. Von den nach Rheinland-Pfalz geschleusten Umsiedlern sind 33.000 auf eigene Faust wieder nach Bayern und Schleswig-Holstein zurückgekehrt."

Ihr Argument ist kaum zu widerlegen: Ob sie im Notstandsgebiet des Hunsrück, in der Eifel oder im Notstandsgebiet des Bayerischen Waldes stempeln gehen, bleibe sich gleich. Die Barackenwände sind auch überall dieselben.

Weil alles verquer lief, hat sich jetzt in Rheinland-Pfalz eine Treckvereinigung aufgetan, die innerhalb des Landes trecken will, möglichst an den Rhein, wo es vielleicht noch Arbeitsplätze gibt, oder nach Nordrhein-Westfalen, das immer noch den größten Sog ausübt.

Der Fluch von Jalta hat Westdeutschland zu einem Exerzierfeld für Raumforscher, Soziologen, Betriebs- und Volkswirtschaftler werden lassen. Nach einer Berechnung des Instituts für Raumforschung in Godesberg ist die Tragfähigkeit der Bundesrepublik - beim gegenwärtigen Produktions- und Erwerbsvolumen - bereits um 4 Millionen Menschen überschritten. Davon seien 1.792.000 durch eine großzügige Binnenwanderung noch produktiv einzuordnen ...

Der Bevölkerungsausgleich ist aber nur die mobile Seite des brennenden Problems: Neugliederung der Länder nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten.

Auch die Amerikaner fanden es sehr interessant, das verruchte Wort vom "Volk ohne Raum" mit klugen Empfehlungen wegzudiskutieren. Man müsse die Industrie Westdeutschlands eben aufstocken und die deklassierten Flüchtlinge in neu zu gründenden Gewerbebetrieben wirtschaftlich eingliedern.

Das will auch der Sechsjahresplan des Leiters der Flüchtlingskommission der ECA, Hans Christian Sonne, der die Schaffung von 600.000 Erwerbsstellen vorsieht.

Sonne sagt selbst, daß sein Plan ohne Auslandshilfe nicht zu schaffen sei. Auswanderung aber erleichtert das "Volk ohne Raum" jährlich nur um 50.000 Menschen, während das Ost-Westgefälle jährlich 150.000 weitere Ostzonenflüchtlinge über die Elbdeiche schwemmt.

Durchführungskosten dieses Planes, an dem auch deutsche Experten mitgearbeitet haben und der für Minister Lukaschek die große Hoffnung ist: 12,5 Milliarden DM - nicht ganz so viel wie ein geforderter Jahres-Verteidigungsbeitrag.

Der gläubige Katholik Lukaschek hat die Hoffnung auf amerikanische Sonne-Millionen noch nicht aufgegeben, obwohl der Kongreß schon einmal nein gesagt hat: Erst westdeutscher Verteidigungsbeitrag und Aktivierung bundeseigener Mittel - etwa aus dem Lastenausgleich, den man nicht quoten sehen, sondern produktiv für die Schaffung von Arbeitsplätzen verwenden müsse - dann könne man weiter reden.

Trotzdem hat Lukaschek wieder seinen Spezialdiplomaten Middelmann nach Washington geschickt, um in Richtung Sonne weiter zu intervenieren.

Der Minister strahlte, als er in einer Schweizer Zeitung Anerkennung für seine außerdeutschen Anknüpfversuche fand. Für die Schweizer Musterdemokraten schwärmt er noch aus Pennälerzeiten, als er seine angeknackte Lunge in Davos so gut auskurierte, daß ihm die Brasilketten heute nicht schaden.

Dann freut ihn auch, daß nicht alle Flüchtlinge arme Schlucker sind, sondern mancher Vertriebene es in Westdeutschland wieder zu etwas gebracht hat, wie etwa der Schlesier, der ihm zu Weihnachten einen Strauß Orchideen schickte - als Trost für den Tört (Kränkung), den ihm der ostpreußische Dr. Kather laufend antut.

Seit Wochen führt der Vorstand des "Zentralverbandes der vertriebenen Deutschen" (ZvD), der sich durch Angliederung mehrerer bisher selbständiger Landsmannschaften zum "Bund vertriebener Deutscher" (BvD) erweitert, eine robuste Kampagne gegen Dr. Lukaschek, der

selbst einmal erster ZvD-Präsident war.

Im Namen seiner organisierten Flüchtlingsmillionen überbrachte Kather mit drei Mann seines Präsidiums dem Bundeskanzler das kollektive Mißtrauensvotum gegen seinen Vertriebenenminister.

In der "Anklageschrift" (so nennt man im Vertriebenenministerium die BvD-Resolution) wird Dr. Lukaschek "Mangel an Energie, Initiative und Zähigkeit" vorgeworfen. Da Lukaschek selbst einmal öffentlich erklärt habe, er werde sofort zurücktreten, wenn er das Vertrauen der Flüchtlings-Organisation nicht mehr besitze, wisse er ja, was er jetzt zu tun habe.

Dazu gab der Sprecher der Schlesier, Ministerialrat a.D. Dr. Rinke aus München, dem Kanzler noch einen Stich: Wenn Lukaschek noch einmal vor Flüchtlingen in Bayern zu sprechen wage, würde er niedergeschrien und ausgepiffen.

Der Kanzler hat die BvD-Anklageschrift, trotz eines zweiten Mißtrauensantrages von Dr. Kather, bis jetzt noch nicht beantwortet. Er hat zur Zeit andere Sorgen. Noch trecken die Flüchtlinge ja nicht.

Dr. Kather bastelt unbeirrt weiter an seinem Programm. Nach Gewerkschaftsvorbild will er BvD-Beiräte in die verschiedensten parlamentarischen Ausschüsse und ministeriellen Schlüssel-Gremien delegieren. Er verhandelt auch mit den Großgrundbesitzer-Vereinen, um sich über die Möglichkeit von Landaufkäufen für landlose Flüchtlingsbauern mit Hilfe von locker zu machenden Soforthilfe- und Lastenausgleichsmitteln zu informieren, nachdem die Bodenreform völlig festgefahren ist. Von den 294.000 vertriebenen Bauern haben nur 24.000 wieder eine Hofstelle gefunden.

Er hat auch schon Verbindung mit Industriegruppen und Fachverbänden aufgenommen, um individuelle Unterlagen über die Arbeitsmarktlage hereinzuholen. Kather: "Die Fehlleistungen der Umsiedlung müssen endlich aufhören. Das alles ist dem Vertriebenen-Ministerium noch nie im Schlaf eingefallen"

"Alles Kinkerlitzchen", resigniert Dr. Lukaschek. "Was würde es wohl nützen, wenn ich einen Stock nähme und mit viel Geschrei dazwischenschlüge, nur um zu zeigen, daß ich kein Weichbold bin. Ich kann nicht im Jargon der Abgeordneten reden, denn schließlich bin ich ja Bundesminister."

Jetzt kämpft er darum, es zu bleiben, nachdem er früher wegen des ewigen Haders mit seinem Ministerkollegen Fritz Schäffer schon mehrmals seinen Rücktritt angeboten hatte.

Die Nachtmütze, die man ihm vor einiger Zeit mit der hämischen Widmung "Schlaf schneller, Genosse" per Einschreiben ins Ministerium schickte, hat er in den Ofen geworfen.<<

**25.02.1952**

**DDR:** Die Regierung ordnet am 25. Februar 1952 an, Schulgeld nach politischen Gesichtspunkten zu verlangen.

**Februar 1952**

**BRD:** In einer Sitzung des Deutschen Bundestages fordert der CSU-Abgeordnete Franz Josef Strauß im Februar 1952, der "Europäischen Verteidigungsgemeinschaft beizutreten" (x067/-228): >>... Wer auf den Anschluß der Bundesrepublik an die Gemeinschaft der freien Völker verzichtet, gibt die deutsche Einheit preis, ob er will oder nicht, ob er es weiß oder nicht. Die verhängnisvolle These, die manchmal auch in der SPD angeklungen ist: Zuerst Einheit, dann Europa, wird von uns mit der klaren Parole beantwortet: Über die Einheit Europas zur Wiedervereinigung Deutschlands!<<

**06.03.1952**

**Polen:** SS-Gruppenführer Jürgen Stroop (1895 in Detmold geboren, "Henker des Warschauer Gettos") wird am 6. März 1952 in Warschau hingerichtet.

**10.03.1952**

**UdSSR:** Stalin schlägt den 3 Westmächten am 10. März 1952 Grundzüge eines Friedensver-

trages mit Deutschland vor (x149/156): >> Deutschland wird als einheitlicher Staat wiederhergestellt. Damit wird der Spaltung Deutschlands ein Ende gemacht, und das geeinte Deutschland gewinnt die Möglichkeit, sich als unabhängiger, demokratischer, friedliebender Staat zu entwickeln. ...

Deutschland verpflichtet sich, keinerlei Koalitionen oder Militärbündnisse einzugehen, die sich gegen irgendeinen Staat richten, der mit seinen Streitkräften am Krieg gegen Deutschland teilgenommen hat. ...

Es wird Deutschland gestattet sein, eigene nationale Streitkräfte ... zu besitzen, die für die Verteidigung des Lands notwendig sind. ...<<

Der deutsche Historiker Alexander Demandt berichtet später über die Stalin-Note von 1952 (x283/239-241): >>... Stalins Angebot weckte in Deutschland große Hoffnungen. Es fand verbreitete Zustimmung, zumal bei der SPD. In diesem Sinne empfahl auch Ernst Reuter, auf das Angebot behutsam einzugehen.

Anders dachte der frankophile (franzosenfreundliche) Adenauer, der 1923 die Lostrennung des Rheinlandes von Preußen betrieben hatte.

Berlin wäre nach Stalins Plan 1952 wieder Hauptstadt geworden. Bei den avisierten gesamtdeutschen Wahlen war mit einem Sieg der Sozialdemokraten zu rechnen, und überhaupt schien dem Kanzler wohl ein Zuwachs an Preußen und Protestanten unsympathisch.

Gleichwohl verleugnete Adenauer das Ziel einer Wiedervereinigung nicht geradewegs, verstand sich dazu aber erst nach erfolgter Westbindung der Bundesrepublik und einer Umwälzung in Osteuropa. Damit war er seiner Zeit allzu weit voraus. Zunächst wollte Adenauer verhindern, daß seine Politik in Gefahr geriet, was Stalin in aller Offenheit bezweckte. Denn der Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft stand unmittelbar vor dem Abschluß.

Es wurde dann jedoch nicht durch Moskau, sondern – eine Ironie der Geschichte – durch Paris torpediert. Erst drei Jahre später erfolgte der Beitritt der Bundesrepublik zur NATO.

Adressat der Stalin-Note war nicht Adenauer. Seine Meinung fiel nicht wesentlich ins Gewicht. Gefragt waren die Westmächte. ...

Eine Verhandlung über die Stalin-Note wurde von Washington keineswegs offen abgelehnt, aber auf Druck von Paris, London und Bonn bewußt an Bedingungen gebunden, die für Stalin unannehmbar waren, nämlich an die vorab eingeräumten Möglichkeiten einer Revision der Oder-Neiße-Grenze und eines Beitritts Gesamtdeutschlands zur NATO. Damit war die Chance verspielt, festzustellen, ob Stalins Angebot gutwillig war.

Wäre die von ihm entworfene Lösung zustande gekommen, so hätte sich der wirtschaftliche Aufschwung Westdeutschlands verzögert, aber es hätte sich auch das unendliche Leid erübrigt, das in den Folgejahren das SED-Regime verschuldet und die fortdauernde Teilung Deutschlands mit sich gebracht hat. Das, was schließlich 1990 mühsam errungen wurde, wäre bereits 1952 erreicht gewesen.

Um diese schmerzhafteste Konsequenz einer versäumten Gelegenheit zu vermeiden, empfahl sich der Ausweg, zu bestreiten, daß eine solche Gelegenheit tatsächlich bestand, und die Stalin-Note für bloßes Störfeuer, für Bluff zu erklären. Da der Westen sich aber weigerte, dies durch Verhandlung aller Welt vor Augen zu führen, so kann das nur aus der Besorgnis erklärt werden, daß Stalin es am Ende doch ernst meinte. Aber man wollte das von Moskau vorgesehene Resultat nicht. Daher erübrigte sich der Test, ob Stalin wirklich bereit gewesen wäre, die DDR aufzugeben.

Die neuere Aktenlage zeigt, daß Stalins Vorstoß nur ein propagandistisches Manöver war. ...<<

### **11.03.1952**

**BRD:** Die fast vollkommen verwüstete Insel Helgoland (jahrelang Übungsgebiet der briti-

schen Luftwaffe) wird am 11. März 1952 an die Bundesrepublik Deutschland zurückgegeben.

**20.03.1952**

Niederlande: Ein zum Tod verurteilter Gefangener schreibt am 20. März 1952 aus Den Haag einen Abschiedsbrief an das Evangelische Hilfswerk für Internierte und Kriegsgefangene:

>>... Ich schreibe Ihnen heute, um mich zu verabschieden.

Morgen, am 21.3.52, werde ich in der Frühe den Soldatentod sterben. Sind sie versichert, daß ich völlig ruhig bin und mein Schicksal entgegennehmen werde, wie es von einem Höheren beschlossen worden ist.

Der Gedanke an Frau und Kind ... ist allerdings mehr als bitter. Doch muß ich auch darin beharren, da ich wehr- und machtlos bin.

Nach dem Warum allerdings frage ich vergeblich. Ich werde in den Tod gehen mit dem festen Bewußtsein, eine persönliche Schuld, und nun gar eine solche, die derartige Strafe erfordert, nicht auf mich geladen zu haben.

Leben Sie alle wohl und arbeiten Sie weiter an dem Ziel, der Welt den Frieden zu verschaffen. Meine Bitte ist einmal, sich meiner geliebten Frau und meines Herzenskindes annehmen zu wollen, und ferner, daß mein Tod der des letzten Deutschen in den ehemals besetzten Westländern sein möge! ...<<

Der deutsche Landgerichtsrat Karlhans Sonnenburg, Bad Godesberg, kritisiert damals die Rechtsprechung der Siegermächte: >>Sieben Jahre sind deutsche Männer und Frauen als Angehörige der Wehrmacht, der Polizei, des Wehrmachtsgefolges und des Diplomatischen Korps durch die Mühlen der alliierten Sondergerichtsbarkeit für Kriegsverbrecher gegangen und haben sich in den Maschen einer Justiz gefangen, die Ausfluß einer fremden, eigens vom Sieger auf sie zugeschnittenen Sonder-Gesetzgebung und Rechtsprechung ist.

Sieben Jahre sind Urteile gegen Deutsche auf Grund von Gesetzen gesprochen worden, die im Widerspruch zu der am 10.12.1948 feierlich proklamierten Internationalen Erklärung der Menschenrechte und zur Genfer Konvention stehen und allein schon wegen ihrer rückwirkenden Kraft die Grundprinzipien des Völker- und Strafrechts verletzen.

Sieben Jahre lang fungieren Mitglieder der völkerrechtlich illegalen nationalen Widerstandsgruppen als Richter über Angehörige der legalen deutschen Truppe, winden voreingenommene Zeugen sich selbst Märtyrerkronen, indem sie Deutsche der scheußlichsten Verbrechen bezichtigen.

Sieben Jahre hindurch sind Hunderte von Deutschen aufgrund von Sondergerichtsurteilen erschossen worden, haben andere Hunderte darauf gehofft, daß sie eine Begnadigung vor der Hinrichtung bewahrt. ...

7 Jahre lang haben Tausende von Deutschen als Untersuchungsgefangene in körperlicher, geistiger und seelischer Not dem Zeitpunkt entgegengebangt, an dem über Leben und Freiheit für sie entschieden wurde. ...

7 Jahre nach Beendigung der Feindseligkeiten wird der Krieg auf dem Gebiet des Rechts fortgesetzt, werden neue Verurteilungen ausgesprochen, werden Hinrichtungen - wie jüngst in Holland - vollzogen und Kerkerstrafen verbüßt. ...

Zur gleichen Zeit werden in Korea, Indochina, Tunis und anderen Ländern von Angehörigen der Siegermächte, zum Teil sogar von deutschen Fremdenlegionären unter ihrem Befehl, dieselben Taten begangen, die den deutschen Soldaten des Zweiten Weltkrieges als Kriegsverbrechen zur Last gelegt werden. Die Auswirkungen eines doppelten Rechtes für Sieger und Besiegte können sich nicht deutlicher offenbaren.

Dabei kann die Frage der Schuld heute nicht mehr so eindeutig geklärt werden, daß eine Entscheidung über Leben und Freiheit eines Menschen gerechtfertigt ist. Oft 10 und mehr Jahre nach den Geschehnissen ist eine einwandfreie Feststellung der Wahrheit und Klärung des Sachverhaltes erfahrungsgemäß unmöglich, zumal die Ereignisse im Zusammenhang mit

Kampfhandlungen standen. ...

Zwar wissen wir, daß es auch Schuldige gibt, aber für einen Schuldigen dürfen nicht Unschuldige leiden. Die Schuldigen, die zu decken wir ablehnen, sollen der verdienten Strafe nicht entzogen werden, die deutsche Justiz ist befähigt und befugt, sie gerecht zu bestrafen. ...

Erst wenn die Westmächte die Gefangenen freigeben und sich durch diese Tat zu den demokratischen Idealen der Gerechtigkeit, Freiheit und Menschlichkeit bekennen, dürfen unsere Brüder und Schwestern in den Zwangsarbeitslagern des Ostens hoffen, daß auch sie eines Tages die Heimat und ihre Familie wiederssehen werden.<<

**30.03.1952**

**BRD:** Die Bundesrepublik Deutschland, Israel und die Jewish Claims Conference führen am 30. März 1952 Verhandlungen über Wiedergutmachungsleistungen.

**01.04.1952**

**BRD:** Walter Müller-Bringmann berichtet am 1. April 1952 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/118-119): >>1. April 1952. Gestern ging die britische Kommandogewalt im Lager zu Ende.

Friedland hörte auf, englisches Territorium zu sein. Der Union Jack wurde an der Fahnenstange heruntergeholt und dafür die schwarz-rot-goldene Flagge hochgezogen. Entlassungsscheine für Kriegsgefangene werden in Zukunft von deutschen Stellen ausgefertigt. Der englische Kommandant und seine Gehilfen verabschiedeten sich.

Als erste Maßnahmen ordnete der deutsche Lagerleiter an, daß die Schlagbäume an der Zufahrtsstraße zum Lager entfernt werden. Bisher standen an diesen Barrieren Posten, die jeden Besucher und jedes Fahrzeug anhielten. Ohne Passierschein und Registrierung konnte niemand das Lager betreten.

Diese Formalität wird in Zukunft wegfallen. Friedland ist keine britische Enklave mehr.<<

**03.04.1952**

**DDR:** Am 3. April 1952 wird die "Verordnung über die Beschäftigung von Strafgefangenen" erlassen, um Strafgefangene während des Strafvollzugs "in bestimmten Zweigen der Industrie" zu beschäftigen.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über diese Verordnung (x009/431): >>... Für ständige Normerfüllung und Übererfüllung wurde vorzeitiger Straferlaß in Aussicht gestellt, "wenn der Strafgefangene sich verpflichtet, das Doppelte des Strafrestes, mindestens jedoch ein Jahr, im gleichen Industriezweig zu arbeiten" (§ 2 Abs. 3). ...

Seit Sommer 1955 wurde nach und nach in den großen Strafanstalten die Regelung eingeführt, daß die Gefangenen keine Lebensmittelpakete von ihren Angehörigen mehr erhalten durften. Es durfte den Gefangenen zunächst aber noch Geld geschickt werden, für das sie sich in den Strafanstalten die dort vorhandenen Lebens- und Genußmittel kaufen konnten. Seit Frühjahr 1956 ist auch diese zusätzliche Hilfe nicht mehr erlaubt. Bei guter Führung und Erfüllung der Arbeitsnorm kann dem Gefangenen gestattet werden, zum Geburtstag ein Lebensmittelpaket von seinen Angehörigen zu empfangen.

Zu Weihnachten darf (und soll) der Gefangene ein Geschenkpäckchen an seine Angehörigen schicken, während er selbst zu diesem Fest kein Paket erhalten darf. ...<<

**07.04.1952**

**BRD:** Bundeskanzler Konrad Adenauer schreibt am 7. April 1952 an den deutschen Historiker Gerhard Ritter (1888-1967) (x095/132-134): >>Sehr geehrter Herr Professor!

... Wenn Sie schreiben, daß ich unter schärfster Anwendung von Drohungen mit Sprengung meiner Partei gezwungen werden müsse, den jetzigen Kurs einer Politik, die man nicht anders als einfach amerikahörig nennen könne, zu wechseln, so möchte ich Ihnen dazu folgendes bemerken, dabei wiederhole ich das, was ich schon seit Jahr und Tag öffentlich erklärt habe:

Mit Sowjet-Rußland kann man nur verhandeln, wenn man mindestens gleich stark ist. Daher

begrüße ich den Zusammenschluß der westlichen Welt. Ich bin überzeugt, daß, wenn die westliche Welt so stark ist wie Sowjet-Rußland, eine Verständigung mit Sowjet-Rußland möglich ist, aber nicht früher. Ich bin weiter überzeugt, daß ein Gespräch zu einem zu frühen Zeitpunkt Sowjet-Rußland nur in seiner Haltung bestärkt.

Meine Politik geht dahin, Deutschland in den Westen einzubauen, um der Gefahr der Neutralisierung zu entgehen, um den Westen zu stärken, um bei der eines Tages eintretenden Möglichkeit der Verhandlung mit Rußland mitsprechen zu können, und zwar im Interesse Deutschlands, im Interesse des Friedens.

Ich glaube nicht, daß meine Politik starr und unelastisch ist. Ich bin der Auffassung, daß das Schlechteste, was man tun könnte, ein Schwanken in der politischen Linie sein würde. Sie glauben nicht, wie stark das Mißtrauen im Ausland noch gegenüber Deutschland ist. Durch ein Schwanken würde man dieses Mißtrauen in bedrohlicher Weise verstärken. ...<<

#### **28.04.1952**

**DDR:** Die Sowjets übergeben am 28. April 1952 der DDR 66 der 213 SAG-Betriebe, die anschließend in sog. "Volkseigene Betriebe" (VEB) umgewandelt werden.

In der SBZ gibt es damals noch folgende Sowjetische Aktiengesellschaften (x009/397):

<b>SAG-Betriebe</b>	<b>Beschäftigte</b>
SAG Wismut (Uranbergbau)	225.000
SAG Brikett (Braunkohlenwerke, Schwefelwerke, Benzinwerke, Elektrizitätswerke)	40.000
SAG Kali (Kalibergwerke)	12.500
SAG Synthese (Benzinwerke)	18.000
SAG Marten (Hüttenwerke, Walzwerke, Stahlgießereien)	19.000
SAG Amo (Werke des Schwermaschinenbaues)	44.000
SAG Transmasch (Waggonfabriken, Maschinen- und Armaturenfabriken)	31.000
SAG Mineraldünger (Chemiewerk Leuna, Stickstoff und Kalkwerk)	29.000
SAG Zement- und Baustoffwerke	5.500
SAG Awtowelo (Automobilwerk, Werke der Motorrad-, Uhren-, Werkzeug-, Kugellager- und Büromaschinenindustrie)	32.000
SAG Kautschuk (Synthese- und Kautschukwerk, Gummiverarbeitung)	20.000
SAG Kaustik (Chemiewerke, Farben, Filmmaterial, Zelluloid)	34.000
SAG Kabel (Großbetriebe der Elektroindustrie, Kabelwerke, Akkufabriken)	41.000
	<b>551.000</b>

Die SAG-Betriebe beherrschen von 1946-1953 die Wirtschaft der SBZ. In vielen Industriezweigen besitzen sie wichtige Monopolstellungen. Seit der Übernahme der deutschen Werke sind die Produktionswerte der SAG-Betriebe stetig gewachsen. Nach den Planzahlen des Jahres 1951 produzieren die SAG-Betriebe 32 % der gesamten Industrieproduktion in der SBZ.

#### **29.04.1952**

**BRD:** Bundeskanzler Konrad Adenauer schreibt am 29. April 1952 an Bundespräsident Theodor Heuss wegen der Einführung der dritten Strophe des Deutschlandliedes als Nationalhymne (x095/136-137):

>>Sehr geehrter Herr Bundespräsident!

Die Frage einer "National-Hymne" ist in den vergangenen Jahren wiederholt zwischen uns besprochen worden. ...

Als das Kabinett Sie vor Monaten durch mich bitten ließ, sich für die dritte Strophe des "Deutschland-Liedes" zu entscheiden, gab ich zu, daß ihre damalige Gegenargumentation eine innere Berechtigung besaß. Inzwischen ist nun die Frage dringend geworden, und ich muß den Wunsch der Bundesregierung darum pflichtgemäß wiederholen.

Sie wissen selber um die Lage, in der bei amtlichen Veranstaltungen unsere ausländischen Vertretungen sich befinden. Ich will in diesem Augenblick die innerdeutschen Gefühlsmomente, deren Gewicht von uns beiden gleich hoch gewertet wird, gar nicht in Anschlag brin-

gen. Es ist wesentlich der außenpolitische Realismus, der uns, ihnen wir mir, nahelegen muß, die Entscheidung nicht weiter hinauszuzögern. ... Daher die erneute Bitte der Bundesregierung, das Hoffmann-Haydn'sche Lied als Nationalhymne anzuerkennen.

Bei staatlichen Veranstaltungen soll die dritte Strophe gesungen werden.<<

#### **30.04.1952**

**Japan:** Der Friedensvertrag mit den westlichen Alliierten tritt am 30. April 1952 in Kraft, obwohl die sowjetische Regierung diesen Vertrag nicht ratifiziert.

#### **02.05.1952**

**BRD:** Das "Lied der Deutschen" bzw. das "Deutschlandlied" wird am 2. Mai 1952 (wieder) Nationalhymne der Bundesrepublik Deutschland.

Zur deutschen Nationalhymne gehören offiziell alle 3 Strophen. Bundeskanzler Adenauer und Bundespräsident Heuss regeln jedoch damals, daß bei staatlichen Veranstaltungen nur die dritte Strophe gespielt bzw. gesungen werden soll.

#### **04.05.1952**

**BRD:** Dr. Linus Kather (1893-1983, 1949-58 Vorsitzender des Zentralverbandes der vertriebenen Deutschen) protestiert am 4. Mai 1952 während einer Kundgebung vor 60.000 Vertriebenen auf dem Bonner Markplatz gegen den geringen Umfang des geplanten Lastenausgleichs (x024/241-242): >>Wir vom BvD sind die letzten, die etwas dagegen sagen würden, daß dieses Gesetz stark unter sozialen Aspekten gestaltet wird.

Wir haben uns nachdrücklich damit einverstanden erklärt, daß z.B. bei der Kriegsschadenrente, bei der Hausratenschädigung, wie bei der Entschädigung überhaupt, beim zeitlichen Vorrang und auch bei der Staffelung der Abgabesätze soziale Gesichtspunkte maßgeblich sein sollen: aber wenn man sagt, daß ausschließlich soziale Gesichtspunkte entscheiden sollen, dann müssen wir einen sehr entschiedenen Widerspruch anmelden: denn das bedeutet nicht mehr oder weniger als eine klare Verneinung unseres Rechtsanspruches und eine Negation des Lastenausgleichsgedankens überhaupt.

Dann muß man folgerichtig der Wahrheit die Ehre geben, den Namen Lastenausgleich fallenlassen und die Überschrift wählen: "Gesetz über soziale Hilfsmaßnahmen für Vertriebene und Kriegssachgeschädigte" ...

Die Geschädigten wollen aber keine soziale Fürsorge, sie fordern Erfüllung eines Rechtsanspruches im Rahmen des wirtschaftlich Möglichen.

Nach ihrer Auffassung haben sie mit ihrem Hab und Gut, das sie in der Heimat zurücklassen mußten, Reparationen für die Gesamtheit des deutschen Volkes geleistet.

Darüber hinaus sind sie überzeugt, einen im Naturrecht begründeten Rechtsanspruch zu haben aus der Gesamthaftung des ganzen Volkes für die Schäden und Verluste eines vom ganzen Volk gemeinsam geführten und verlorenen Krieges. ...<<

#### **08.05.1952**

**DDR:** Das SED-Regime kündigt am 8. Mai 1952 die Aufstellung "nationaler Streitkräfte" an. Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den "Militarismus" und die "Militärpolitik" in der SBZ (x009/286,287-288): >>Nach 1945 war die SED wie die übrigen Parteien bemüht, die Bevölkerung zu pazifistischen Vorstellungen hinzuführen.

Doch seit dem Frühjahr 1952 versucht die SED, die Bevölkerung für die Aufstellung nationaler Streitkräfte zu begeistern. ... Auf der Linie Lenins meint sie, ihre Rüstung ergebe keinen Militarismus. ...

"Die Armeen der sozialistischen Revolution und der Diktatur des Proletariats sowie die Volksbefreiungsarmeen, die in der Regel unter der Führung der kommunistischen Arbeiterparteien entstanden, sind keine militaristischen Verbände.

Natürlich gibt es auch in diesen Armeen eine straffe militärische Ordnung und Ausbildung, Disziplin, Befehlsgewalt und Unterordnung. Das ist aber kein Militarismus.

Militarismus ist die Ausrichtung des gesamten wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Lebens eines Landes auf die Vorbereitung von Eroberungskriegen. Die Armee wird zum Hauptzweck des Staates, das Volk lebt und schafft nur, um die Soldaten zu stellen und die Armee auszurüsten und zu ernähren."

Weiter heißt es nach der Theorie des Marxismus-Leninismus: "Die politische Grundlage des modernen Militarismus ist die politische Herrschaft der imperialistischen Bourgeoisie."

Da nun, so wird weiter behauptet, "der Charakter der Armee durch den Charakter des Staates bestimmt wird, ist die Armee eines Arbeiter- und Bauernstaates keine militärische Organisation, weil in einem Staat der Arbeiter und Bauern die Grundlagen des Militarismus beseitigt sind". ...<<

>>... Die als "Volkspolizei" getarnte Armee wurde bis Frühjahr 1952 überwiegend aus Freiwilligen gebildet, die meist glaubten, einer bloßen Polizei beizutreten, und weit besser gepflegt wurden als weite Teile der Bevölkerung.

Grundlegend und bezeichnend für die Armee und die Polizeitruppen ist die politische Überwachung und Anleitung durch die Politorganisationen der SED in den bewaffneten Kräften. ... Von großer Bedeutung ist auch die scharfe und lückenlose Überwachung durch jene Organe und Spitzel des Ministeriums für Staatssicherheit, die innerhalb der Verbände eingesetzt sind. - In der Armee und bei den Polizeitruppen war (und ist bei den Spitzenstäben noch heute) eine dritte Kontrollorganisation tätig, die zugleich anleitend wirkt: die sowjetischen Berater für die militärische Ausbildung und Führung der Truppe. Ihr unbeschränkter Einfluß macht deutlich, wie sehr die Armee der SBZ ein Werkzeug des sowjetischen Imperiums sein soll.

Bis April 1952 wurde die Abschirmung der Militärpolitik dadurch verstärkt, daß die SED behauptete, der SBZ läge eine Bewaffnung völlig fern. ...

Seit Mai 1952 bezeichnete die SED "nationale Streitkräfte" als notwendig und betrieb ihre Militärpolitik ziemlich offen. ...<<